

5365/AB XX.GP

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Mag. Johann Ewald Stadler und Genossen vom 26. Jänner 1999, Nr. 5671/J, betreffend schlechte Noten für österreichischen EU - Ratsvorsitz, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Einleitend möchte ich festhalten, daß für meinen Zuständigkeitsbereich eine Reihe von Erfolgen erzielt wurden und unter meinem Vorsitz bei allen Themen beträchtliche Fortschritte erreicht worden sind.

An erster Stelle möchte ich dabei die wirtschaftspolitische Koordination erwähnen, wo es unter österreichischem Vorsitz gelungen ist, mit der Euro - 11 - Gruppe ein arbeitsfähiges und effizientes Gremium zu etablieren und die Inhalte der Koordination festzulegen. Durch die transparente Arbeitsweise dieser Gruppe und durch die Einbindung der derzeitigen Nicht-Teilnehmer im Rahmen der „erweiterten“ Euro - 11 - Gruppe konnte zudem die Gefahr einer Spaltung der Gemeinschaft verhindert werden.

Außerdem möchte ich darauf hinweisen, daß unter meinem Vorsitz die letzten Vorbereitungen für den Eintritt in die 3. Stufe der Wirtschafts - und Währungsunion abgeschlossen wurden. Hierzu zählen insbesondere die unwiderrufliche Festlegung der Umrechnungskurse am 31. Dezember 1998 sowie die zur vollständigen Operationalität der EZB erforderliche Sekundärgesetzgebung betreffend Sanktionen, Mindestreserven und Statistik.

Im Steuerbereich ist es mir gelungen, die Mitgliedstaaten dahingehend zu sensibilisieren, daß zur Förderung der Beschäftigung und des Wirtschaftswachstums auch bei der Steuer -

politik eine verstärkte Zusammenarbeit notwendig ist. Auf dieser Grundlage konnte vom ECOFIN - Rat ein Bericht verabschiedet werden, in dem der Zeitplan für die weiteren Beratungen zu den einzelnen Steuerthemen festgelegt ist und in dem darüber hinaus auch Elemente enthalten sind, die in der bisherigen Diskussion nicht berücksichtigt wurden. Demnach sollte bereits im Mai/Juni dieses Jahres eine politische Einigung über die Besteuerung privater Zinserträge, die Zinsen und Lizenzgebühren, und die Energiebesteuerung vorliegen. Ebenso sollten die Arbeiten zum Verhaltenskodex möglichst noch bis Juni dieses Jahres zum Abschluß gebracht werden. Damit wurden unter österreichischem Vorsitz die Voraussetzungen für eine endgültige Verabschiedung dieser Dossiers bis Jahresende geschaffen. Abschließend möchte ich noch einen dritten Bereich hervorheben, die Agenda 2000. Auch in diesem Bereich hat Österreich sein angestrebtes Ziel erreicht. So wurden die technischen Arbeiten zu den einzelnen Rechtstexten weitgehend abgeschlossen und eine politische Einigung über die Garantiefonds - und TEN - Verordnung erzielt.

Bei den politisch sensiblen Fragen, die die Gesamtdotation der nächsten finanziellen Vorausschau, die Aufteilung der Mittel auf die einzelnen Ausgabenrubriken und die künftige Gestaltung des Eigenmittelsystems betreffen, konnten die Optionen für Lösungsansätze eingengt werden. Im Zusammenhang mit dem künftigen Finanzrahmen konnte weiters der Grundsatz etabliert werden, daß dieser in Einklang mit der Budgetpolitik der Mitgliedstaaten stehen und die auf einzelstaatlicher Ebene unternommenen Anstrengungen zur Budget - konsolidierung unterstützen muß.

Durch diese Vorarbeiten hat Österreich, wie ich meine, eine gute Ausgangsbasis für einen termingerechten Abschluß der Verhandlungen unter deutschem Vorsitz geschaffen.

Zu 1. bis 3.:

Zu diesen Fragen wird auf den Ergebnisbericht der österreichischen EU - Präsidentschaft 1998 verwiesen, der bereits dem Nationalrat sowie dem Bundesrat zur Kenntnis gebracht wurde.

Dieser Bericht, der vom Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit sämtlichen Bundesministerien erstellt wurde, gibt einen Überblick über die unter österreichischer EU - Präsidentschaft in den einzelnen Sach - gebieten erzielten wesentlichsten Fortschritte und Ergebnisse.

Zu 4. und 9.:

Das Charakteristikum von informellen Ministertagungen ist, daß es keine offizielle Tagesordnung gibt und keine formellen Beschlüsse gefaßt und auch keine Schlußfolgerungen gezogen werden.

Unter meinem Vorsitz fand am 25. und 26. September 1998 die informelle Tagung des ECOFIN - Rates sowie die Sitzung der „erweiterten“ Euro - 11 - Gruppe statt, bei der erstmals auch die ECOFIN - Minister jener Mitgliedstaaten teilgenommen haben, die derzeit nicht zur Eurozone zählen. Im Rahmen dieser Sitzungen wurden die wirtschaftspolitische Koordination in der Währungsunion, die Außenvertretung der Eurozone, die Koordination der Steuerpolitik und die Agenda 2000 erörtert. Ein weiteres Thema, bei dem auch der Geschäftsführende Direktor des IWF, Herr Camdessus, anwesend war, betraf die Finanz - krise in Rußland.

Zu allen Themenbereichen konnten positive Ergebnisse erzielt und wichtige Signale im Hinblick auf die weiteren Beratungen gesetzt werden.

So wurde zur wirtschaftspolitischen Koordination Übereinstimmung dahingehend erzielt, daß die Wirtschafts - und Währungsunion eine enge Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen wirtschaftspolitischen Akteuren erfordert. Es wurde weiters betont, daß sich diese Zusammenarbeit nicht nur auf die Euro - 11 - Gruppe beschränken darf, sondern im Sinne der Entschließung des Europäischen Rates von Luxemburg auch die vorläufig nicht zur Eurozone zählenden Mitgliedstaaten, die EZB und die Sozialpartner in den Dialog eingebunden sein müssen. Zur Außenvertretung wurde die Grundlage für die Einigung im ECOFIN - Rat am 1. Dezember geschaffen und somit für die Zukunft ein einheitliches, rasches und entschlossenes Auftreten der Eurozone, aber auch der EU insgesamt, sichergestellt.

Weiters wurde bei der Steuerpolitik erreicht, daß, entgegen früheren Bemühungen, von allen ECOFIN - Ministern die Bereitschaft zur konsequenten Umsetzung des bereits unter luxemburgischem Vorsitz verabschiedeten Steuerpakets und zur Fortführung der Arbeiten bei der Energiebesteuerung signalisiert wurde. Bei der Agenda 2000 wurde durch die Einigung auf die im ECOFIN - Rat zu behandelnden finanzrelevanten Schlüsselfragen eine Struktur für die weiteren Arbeiten geschaffen. Im Zusammenhang mit der Krise in Rußland wurde erstmals auch die mögliche Neugestaltung der internationalen Finanzarchitektur, insbesondere die Rolle der internationalen Finanzinstitutionen bei der Krisenbewältigung und Krisenprävention, behandelt.

Zur weiteren Information über die Ergebnisse verweise ich auf den Vortrag im 72. Ministerrat am 8. Oktober 1998, der gemäß Art. 23 e B - VG auch dem Nationalrat zugegangen ist.

Zu 5. bis 8. und 10.:

Für die informelle Tagung der Finanzminister und Notenbankgouverneure der EU sowie die Tagung der erweiterten Euro - 11 - Gruppe habe ich die Wirtschafts - bzw. Finanzminister, deren Vertreter und die Notenbankgouverneure der Mitgliedstaaten der EU, den Präsidenten der Europäischen Kommission, die für Währungswesen und Steuern zuständigen Kommissare, den Generalsekretär des Rates der EU, den Präsidenten der Europäischen Zentralbank und den Managing Director des IMF, jeweils mit Begleitung, für am 25. bis 27. September 1998 nach Wien eingeladen. Mit Ausnahme des Finanzministers von Deutschland, der - aus mir nicht bekannten Gründen - durch den Wirtschaftsminister vertreten wurde, nahmen alle Eingeladenen an der Tagung teil.

Die Zusammensetzung der Delegationen wird regelmäßig durch die einzelnen Mitglied - staaten der EU selbst bestimmt. Häufig werden die Delegationsleiter durch Mitglieder ihrer Kabinette, Pressesprecher und Sicherheitsverantwortliche begleitet. Insgesamt waren 227 ausländische Gäste zu der Tagung angemeldet. Weiters waren 371 Medienvertreter für die Veranstaltung akkreditiert.

Was die Dauer und den Ablauf der Tagung anlangt, verweise ich auf das beiliegende Programmheft.

Zu 11. bis 13.:

Bei der genannten Tagung habe ich folgende Geschenke überreicht:

Minister, Notenbankgouverneure,	
Präsident der EK, Kommissare,	
Präsident der EZB,	
Managing Director IMF:	je ein Feldstecher
Partnerinnen:	je ein Stück Augartenporzellan
übrige Delegierte:	je ein Rucksack

Den bei der Tagung tätigen Dolmetschern wurde je ein Stück Augartenporzellan übergeben.

All diese Geschenke wurden vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten zur Verfügung gestellt. Dem Bundesministerium für Finanzen sind hiedurch keine Kosten entstanden.

Den Medienvertretern wurden von der Stadt Wien, wie mir berichtet wird, je ein Drei - Tages - Ticket für die Wiener öffentlichen Verkehrsmittel für den Zeitraum der Tagung sowie eine CD - ROM übergeben. Weiters hat die Oesterreichische Nationalbank für Medienvertreter Mouse - Pads mit EURO - Motiven zur Verfügung gestellt.

Zu 14.:

Bis zum Stichtag 23. Februar 1999 wurde für den EU - Ratsvorsitz ein Betrag von insgesamt **21,574.889,43 Schilling** verausgabt, wobei sich dieser Betrag in Personalausgaben in der Höhe von **2,017.241,70 Schilling** und Sachausgaben in der Höhe von **19,557.647,73 Schilling** gliedert. Zu den Personalausgaben ist festzuhalten, daß sich diese aus Vergütungen für Nebentätigkeiten sowie Überstunden zusammensetzen. Eine Erhöhung der Planstellen aus dem Titel „EU - Ratspräsidentschaft“ ist nicht erfolgt.

Zu 15.:

Die bis zum Stichtag 23. Februar 1999 angefallenen Sachausgaben in der Höhe von

19,557.647,73 Schilling teilen sich wie folgt auf:

geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens: (z. B. Tischbanner)	1.182,00 ATS
Handelswaren zur unentgeltlichen Abgabe (EU - Präsidentschaftsmappen)	105.468,00 ATS
Pflanzliche Rohstoffe (Blumendekoration)	19.913,00 ATS
Druckwerke	85.256,00 ATS
Sonstige Verbrauchsgüter (z. B. Filme)	1.101,30 ATS
Inlanddienstreisen (gem. RGV)	27.762,10 ATS
Auslanddienstreisen (gem. RGV)	901.295,30 ATS
Sonstiger Transport	2,113.931,57 ATS
Leistungen der Post (IT - Kosten)	325.081,70 ATS
Mieten	2,061.304,82 ATS
Repräsentationsausgaben	2,063.188,06 ATS
Werkleistungen (Einzelpersonen) (z.B. Dolmetscher)	506.786,70 ATS
Werkleistungen (juristische Personen) (z.B. Catering)	11,285.417,18 ATS
Vergütung Landwirtschaftsministerium (f. Bundesgärten)	37.320,00 ATS
Sonstige Ausgaben	22.640,00 ATS

Zu 16.:

Der in der vorliegenden parlamentarischen Anfrage angeführte Artikel eines inländischen Wochenmagazins beruht auf einem angeblichen Protokoll einer Sitzung der in Wien akkreditierten Botschafter der EU - Mitgliedstaaten. Da weder der Text dieses Protokolls der österreichischen Bundesregierung vorliegt, noch ein Österreichischer Vertreter an der dem Protokoll zugrundeliegenden Sitzung teilgenommen hat, ist eine korrekte und sachdienliche Antwort nicht möglich.

Im übrigen verweise ich auf den bereits in der Beantwortung der Fragen 1 bis 3 erwähnten Ergebnisbericht der österreichischen EU - Präsidentschaft 1998.